

Unheilige Allianz

Der Pakt
der evangelischen Kirche
mit dem Zeitgeist und
den Mächtigen



FRAKTION IM THÜRINGER LANDTAG

Unheilige Allianz

Der Pakt
der evangelischen Kirche
mit dem Zeitgeist und
den Mächtigen

Inhalt

Vorbemerkung	5
Ein Blick in die Geschichte	7
Der heutige Pakt mit dem Zeitgeist und den Mächtigen	14
Die evangelische Kirche und die „Homo-Ehe“	15
Gender-Mainstreaming und geschlechtergerechte Sprache	17
Massenmigration als angebliche Forderung des Liebesgebotes	22
Das neue Glaubensbekenntnis: Klimarettung als Religionsersatz	25
Äußerungen von Repräsentanten der evangelischen Kirche zur AfD	30
Der politische Kampf der evangelischen Kirche in Thüringen	35
Dialogverweigerung und Freund-Feind-Denken: Womit die evangelische Kirche zur Spaltung der Gesellschaft beiträgt	43
Schlussfolgerungen	47

„Niemals wieder soll um Gottes
und der Menschen willen
eine evangelische Kirche
zum verlängerten Arm oder
Sprachrohr des Staates werden.“

(Hartmut Löwe, ehemaliger Präsident im EKD-Kirchenamt, 1986)¹

Vorbemerkung

„Kirche muss Kirche bleiben“, so forderten es im Dritten Reich die Vertreter der Bekennenden Kirche angesichts einer massiven Politisierung der evangelischen Kirche in Gestalt der NS-treuen Deutschen Christen. Man war in tiefer Sorge, dass eine politisierte Kirche, die sich mit den Herrschenden und ihrer Ideologie verbündet, schließlich nicht mehr als Kirche identifizierbar sei und das Evangelium preisgeben werde. „Kirche muss Kirche bleiben“, davon will die evangelische Kirche, insbesondere die EKD (Evangelische Kirche in Deutschland), heute nur wenig wissen. Zweifellos: Es werden noch Gottesdienste gefeiert, es findet noch Seelsorge statt, es gibt kirchliches Leben und echte Glaubensüberzeugung. Aber auf der öffentlichen Bühne wie auch nach innen zeigt sich die evangelische Kirche immer weniger als geistlicher, sondern als politischer Akteur.

¹ Hartmut Löwe: Steht die evangelische Kirche links? EKD-Präsident Hartmut Löwe nimmt Stellung, in: Evangelische Verantwortung (November 1986), S. 7–8, online unter: http://www.eak-cducsu.de/sites/www.eak.cdu.de/files/downloads/evangelische_verantwortung/23_11_2011-15_53_30-11.pdf [26.04.2019].

Das ist keine neue Erkenntnis. Der seinerzeitige Kurator der Nationalen Sonderausstellung der Stiftung Luthergedenkstätten in Wittenberg, Benjamin Hasselhorn, ein durchaus kirchennaher Mann, konstatierte im Jahr des 500. Reformationsjubiläums: Von der EKD „wurde und wird das Bündnis mit den Mächtigen wie das Bündnis mit den herrschenden ideologischen Tendenzen der Zeit [gesucht]. Die Kirche konnte sich dadurch eine Machtposition im Staat sichern, die von der Zahl ihrer Mitglieder völlig unabhängig ist“.² In diesem Sinne will die evangelische Kirche heute politische Partei sein. Und genauer: Sie will Partei der Mächtigen sein, auf der richtigen Seite, der Seite der Macht stehen. Denn dies sichert ihre eigene Position, ihren gesellschaftlichen Einfluss – und es sichert einen Gutteil ihrer Einkünfte. Also sucht man das Bündnis mit der Macht und dem Zeitgeist, dem die Mächtigen verpflichtet sind.

Der Bund mit den Mächtigen ist freilich evangelische, zumal lutherische Tradition, seit die Reformation das landesherrliche Kirchenregiment etablierte. Über den Wandel der Zeiten und der politischen Regime hinweg hat sich die evangelische Kirche immer wieder neu in machtnahe und machtkonforme Stellung gebracht. Wenn es die Zeiten erforderten, scheute sie sich nicht, bei der Ausgrenzung weniger konformer, weniger obrigkeitstreuer oder einfach nicht erwünschter Kräfte in der einen oder anderen Weise mitzuwirken – oder solchem Tun mit Gleichgültigkeit, zuweilen auch mit Wohlwollen, doch zuzuschauen. Diese Zusammenhänge behandelt die vorliegende Broschüre. Es geht um eine Kritik der evangelischen Kirche als politische Organisation, die sich der Macht

² Benjamin Hasselhorn: Das Ende des Luthertums?, Leipzig 2017, S. 164.

und dem Zeitgeist andient, um die eigene, ganz weltliche Position, das heißt zuerst: die Position der Amtsträger und des Apparates, zu sichern. Und es geht darum, dass religiöser Glaube politisch instrumentalisiert wird.

Dagegen geht es in dieser Broschüre nicht um eine Kritik des evangelischen Bekenntnisses oder gar des Christentums überhaupt. Im Gegenteil: Es liegt auf der Hand, dass die evangelische Kirche durch das Bündnis mit der Macht und durch die Vermählung mit dem Zeitgeist die eigene Glaubenssubstanz untergräbt, ja konterkariert. Genau das erfüllt bekanntlich zahlreiche evangelische Christen mit Unbehagen und Argwohn. Nicht wenige wenden sich daher von ihrer Kirche ab und treten aus ihr aus.

Ein Blick in die Geschichte

Der bereits zitierte Benjamin Hasselhorn verweist darauf, dass der liberale evangelische Theologe Adolf Harnack schon Anfang des 20. Jahrhunderts die Kollaboration mit dem Staat als eine der drei Hauptgefahren des Luthertums ausgemacht habe. Und Harnack habe recht behalten, stellt Hasselhorn fest. Denn der Pakt zur Teilhabe an der Macht, der immer auch ein Pakt mit dem Zeitgeist war, ziehe sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der evangelischen Kirche: „Vom Liberalismus zum Nationalismus zum Sozialismus passten sich immer weite Teile des deutschen Protestantismus jeweils dem herrschenden politischen Zeitgeist an“,³ hält Hasselhorn fest. Ganz handfest bedeutet das: Vom Bündnis mit den

³ Ebd., S. 157.

Thronen des Kaiserreiches über den Nationalsozialismus und die DDR-Diktatur bis zum linksgrünen Doktrinarismus der Landes- und der Bundesregierungen unserer Tage – immer wieder hat sich die offizielle evangelische Kirche (keineswegs alle ihre Gläubigen) mit der Macht verbrüdet. Dabei war sie auch bereit, sich auf totalitäre Regime einzulassen und sich weltanschaulich entsprechend auszurichten.

Lange bevor die Nationalsozialisten an die Macht kamen, hatte sich antidemokratisches, antisemitisches und rassistisches Denken den Weg in die evangelische Kirche gebahnt. Auf dem Kirchentag in Königsberg 1927 etwa war deutlich erkennbar, wie sehr verschiedene evangelische Gruppierungen die Blut-und-Boden-Ideologie bereits verinnerlicht hatten und wie tief entsprechende Positionen bis in die Kirchenführungen hinein verankert waren.

Als Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt wurde, veranstalteten zahlreiche Landeskirchen Fest- und Dankgottesdienste. Nach der Machtübernahme installierten die Nationalsozialisten den Theologen Ludwig Müller als Sonderbeauftragten für Kirchenfragen und machten ihn zu ihrem Kandidaten für das noch zu schaffende Amt eines Reichsbischofs. Dank Hitlers propagandistischer Unterstützung gewannen die Deutschen Christen im Juli 1933 bei den staatlich angeordneten Kirchenwahlen in fast allen Landeskirchen eine Mehrheit. Damit stellten sie die meisten evangelischen Bischöfe. Am 6. September 1933 wählten die Delegierten aller Kirchengruppen – also auch der liberalen – Müller einstimmig zum neuen Reichsbischof. Die evangelischen Jugendverbände wurden in die Hitlerjugend eingegliedert.⁴ Die

⁴ Siehe: Claudia Prinz/Arnulf Scriba: Kirchen im NS-Regime, hrsg. vom Deutschen Historischen Museum, 17.09.2014, <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/ns-regime/innenpolitik/kirchen-im-ns-regime.html> [16.04.2019].

von den Nationalsozialisten verfolgte Bekenntliche Kirche, die primär theologische Anliegen vertrat und die nur teilweise sowie zögerlich auch zur politischen Opposition gegen das NS-Regime fand, blieb eine Minderheitenposition.

Der Politikwissenschaftler Joachim Perels, dessen Vater in engem Kontakt mit den Hauptprotagonisten der Bekenntlichen Kirche stand, schreibt zur Haltung der evangelischen Kirche während der NS-Zeit: „Für den Mehrheitsprotestantismus [...] bedeutete die Bejahung der Regierung Hitler nur eine geringe Positionsverschiebung innerhalb eines obrigkeitsstaatlichen Weltbilds“.⁵ Sicherlich gab es neben dem von Perels so bezeichneten Mehrheitsprotestantismus auch einen „Minderheitsprotestantismus“, der sich nicht anpasste, sich nicht vereinnahmen ließ und dem evangelischen Bekenntnis die Treue hielt bzw. Distanz zum Hitlerregime wahrte.⁶ Der Hauptstrom aber zog auch während der NS-Herrschaft mit der Zeit.

Die evangelische Kirche schmiegte sich in weiten Teilen, ähnlich wie im Dritten Reich, auch an die politische Führung in der SBZ bzw. der DDR an. Nicht selten waren es sogar dieselben Leute, die nun von Braun zu Rot wechselten, etwa der für die SED wichtige Bischof Friedrich-Wilhelm Krummacker. Der einst glühende Nationalsozialist war in sowjetischer Kriegsgefangenschaft Stalins Nationalkomitee Freies

⁵ Joachim Perels: Die Kirchen im Dritten Reich. Anpassung und Widerstand, in: Begegnung & Gespräch. Ökumenische Beiträge zu Erziehung und Unterricht, Nr. 144 (Oktober 2005), online unter: http://lbib.de/pdf_dateien/bug144online.pdf [31.01.2019].

⁶ Siehe etwa Thomas M. Schneider: „Kirche muss Kirche bleiben!“ Zur Entstehungsgeschichte der Bekenntlichen Kirche und der Barmer Theologischen Erklärung, Mai 2014, veröffentlicht unter: <https://www.eaberlin.de/nachlese/chronologisch-nach-jahren/2014/nachbericht-wir-verwerfen-die-falsche-lehre/thomas-martin-schneider-kirche-bleiben-2014.pdf> [11.04.2019].

Deutschland beigetreten, wo er einen kirchlichen Arbeitskreis leitete. Nach Kriegsende gehörte er der von den Sowjets gesteuerten „Gruppe Ulbricht“ an und baute als kirchlicher Gewährsmann das politische Leben in der Sowjetzone mit auf. Als nach der Friedlichen Revolution die Stasi-Archive geöffnet wurden, fanden sich Dokumente, „die ihn als geheimen KGB-Informanten mit dem Decknamen ‚Martin‘ auswiesen“.⁷

Der thüringische Bischof Moritz Mitzenheim war einer der ersten Kirchenmänner, die sich mit ihrem „Thüringer Weg“ – „einer Neuauflage des Bündnisses von Thron und Altar“⁸ – offen zum SED-Staat bekannten. Das brachte ihm unter anderem im Jahr 1961 den Vaterländischen Verdienstorden der DDR und zehn Jahre später die Ehrenspange zu diesem Orden ein. DDR-Theologen betrieben und organisierten im Auftrag der Stasi die Abspaltung der mitteldeutschen Kirchen von der gesamtdeutschen EKD. Der Weißenseer Arbeitskreis evangelischer Theologen schrieb 1963 die Blaupause für die Synthese von Kirche und Diktatur in der DDR. Das unter der Federführung des später als MfS-Informant enttarnten Hanfried Müller verfasste Papier rief die Kirche dazu auf, sich in den Dienst der sozialistischen Gesellschaft zu stellen. „In den ‚Sieben Sätze(n) über die Freiheit der Kirche zum Dienen‘ vom November 1963 theologisierten die Autoren den von der SED gepredigten Antifaschis-

⁷ Ralf Georg Reuth/Günther Lachmann: Das erste Leben der Angela M., 2. Auflage, München 2013, S. 28.

⁸ Klaus Schroeder: Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949–1990, Lizenzausgabe München 1998, S. 477. Zum „Thüringer Weg“ siehe auch Gerhard Besier: Die Kirche, gehorsamer Diener des Staates, in: Die Welt vom 11.09.1996: <https://www.welt.de/print-welt/article655102/Die-Kirche-gehorsamer-Diener-des-Staates.html> [16.04.2019].

mus. Die Zusammenarbeit mit der (angeblich) antifaschistischen Staatsmacht wurde unter Berufung auf Bonhoeffers Theologie darin zur Christenpflicht erhoben, um eine Wiederholung der Hitler-Barbarei zu verhindern. Die ‚Sieben Sätze‘ stellten den ideologischen Kern der ‚Kirche im Sozialismus‘-Konzeption dar.“⁹ Unter der Regie des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) vollzogen die theologischen Handlanger der SED die Kirchenspaltung und installierten ein System, das mit dem „Staatssekretär für Kirchenfragen“ auch in der Schaltzentrale des sozialistischen Systems verankert war.

Es bleibt richtig, dass das Verhältnis der evangelischen Kirche in der DDR zur SED-Diktatur alles andere als einheitlich war.¹⁰ Es gab innerhalb der Kirche der DDR und namentlich unter den einfachen Gläubigen zweifellos auch Distanz, Verweigerung und Opposition gegenüber dem SED-Regime bis hin zu der spektakulären Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz im Jahr 1976. Und gewiss bot die evangelische Kirche, die mit der katholischen Kirche letztlich die einzige Institution war, die in der DDR eine gewisse Autonomie und Unabhängigkeit bewahren konnte, in den 1980er Jahren auch manchen Raum für die politische Opposition. Dennoch bleibt charakteristisch, dass sich die evangelische Kirche in der DDR mit dem SED-Regime nicht nur arrangierte, sondern es ausdrücklich stützte und politisch in vielen Punkten auf gleicher Linie mit dem DDR-Sozialismus lag.

⁹ Reuth/Lachmann: Das erste Leben der Angela M., S. 35.

¹⁰ Siehe dazu etwa Schroeder: Der SED-Staat, S. 474–485.

Wie immer man das Arrangement mit den Diktaturen begründet haben mag: Was in der Kooperation der evangelischen Kirche mit den Herrschenden zum Ausdruck kommt, ist eine Mentalität der Anpassung und des Andienens an die Macht, und zwar nicht zuletzt um des eigenen Vorteils willen. Es dürfte schwerlich möglich sein, den willfährigen Pakt mit der Macht und dem Zeitgeist auf die Unbequemlichkeit und den Widerspruchsgeist eines Martin Luther zurückzuführen. Allerdings: Man beruft sich heute ohnehin nicht mehr so gerne auf Luther, ist dieser doch für die evangelische Kirche dort, wo man ihn nicht zu einem weichgespülten Kuschel-Luther umdeuten kann, allem Anschein nach eine Referenz, die als eher peinlich empfunden wird. „Das Unbequeme scheut der verwaltete Amtsprotestantismus. Lieber planscht man munter im lauwarmen Wasser des Zeitgeistes“, kommentiert Alexander Grau.¹¹

Blieb die tonangebende Mentalität des Andienens an die Macht und den Zeitgeist für die evangelische Kirche bestimmend – genauso wie heute, da die Kirche mehr denn je als politische Partei auftritt –, so traf dies doch immer auch auf Widerspruch.

So warnte etwa der evangelische Theologe Alexander Evertz mit Nachdruck vor einer Politisierung der evangelischen Kirche. Evertz war während des Dritten Reiches als Mitglied der Bekennenden Kirche entschiedener NS-Gegner gewesen. Im Widerstand gegen den Nationalsozialismus hatte er in Thüringen sein Pfarramt verloren. Vor dem Hintergrund seiner

¹¹ Alexander Grau: Reformationstag. Planschen im lauwarmen Wasser des Zeitgeistes, <https://www.cicero.de/kultur/reformationstag-planschen-im-lauwarmen-wasser-des-zeitgeistes> vom 29.10.2016 [15.04.2019].

eigenen Erfahrungen führte Evertz im Jahr 1968 aus: „Aber es darf auf keinen Fall geschehen, daß die Kirche sich mit irgendwelchen Gruppen, Parteien und Interessenverbänden verbrüdert. Sie soll sich weder mit den Reaktionären noch mit den Revolutionären verbünden, sondern ihre Freiheit und Unabhängigkeit nach allen Seiten hin wahren. Sonst verliert sie ihre Glaubwürdigkeit für die Verkündigung des Evangeliums. Es kommt dann dahin, daß die Menschen hinter der kirchlichen Arbeit irgendwelche politischen oder wirtschaftlichen Absichten und Zwecke vermuten“.¹²

Kritiker wie Evertz oder Hasselhorn (die ihrerseits für durchaus unterschiedliche Positionen stehen) erinnern diejenigen in der evangelischen Kirche, die vor allem daran interessiert sind, „an der Macht der Mächtigen selbstgefällig zu partizipieren“,¹³ daran, dass der Hauptauftrag der evangelischen Kirche darin besteht, das Evangelium in die Welt zu tragen. Das Reich Gottes werde nicht durch menschliches Zutun, nicht durch Werkgerechtigkeit, sondern allein durch die göttliche Gnade errichtet. Luther selbst betonte, „daß das Evangelium seines eigentlichen Inhalts beraubt wird, wenn man es in ein sozial-revolutionäres Programm umdeutet“.¹⁴

Damit ist wohlweislich nicht gemeint, dass die evangelische Kirche in Fragen der politischen Gestaltung des menschlichen Daseins auf Erden Enthaltung üben müsse oder dazu keine Position einnehmen solle. Sie darf und soll durchaus auf der Grundlage

¹² Alexander Evertz: Die evangelische Kirche und die Revolution von links, Velbert/Kettwig 1968, S. 39.

¹³ Grau: Planschen im lauwarmen Wasser.

¹⁴ Evertz: Die evangelische Kirche, S. 32.

der Bibel zu den politischen Fragen aus christlicher Perspektive Stellung nehmen. Aber dies gewiss nicht in der Weise, dass die biblischen Grundlagen, welche gerade im Protestantismus eine zentrale Rolle spielen, aus ideologischen Gründen verbogen oder ganz ausgeblendet werden, dass man sich in Ideologien flüchtet oder dass man sich bereitwillig vor den parteipolitischen Karren spannen lässt – und am allerwenigsten durch Verwandlung der Kirche selbst in eine politische Partei.

Doch all dies – die ideologisch begründete Verzerrung und Verfälschung der biblischen Botschaft, der parteipolitische Aktionismus – geschieht heute hemmungsloser und schamloser denn je. Folgende Beispiele verdeutlichen die Anbiederung der evangelischen Kirche an Macht und Zeitgeist in aller Anschaulichkeit.

Der heutige Pakt mit dem Zeitgeist und den Mächtigen

Heute paktiert die evangelische Kirche mit dem linksgrünen Zeitgeist. Das tritt unter anderem in einer oft mutwilligen Verfälschung der biblischen Botschaft im Sinne politischer Parteinahme zutage, die sich de facto zu einer (partei-)politischen Positionierung auswächst. Exemplarisch hierfür sind zahllose evangelische Stellungnahmen zu den Bereichen Ehe und Familie bzw. zu den Geschlechterverhältnissen allgemein.

Der Pakt mit dem Zeitgeist zeigt sich besonders deutlich im Verhältnis der evangelischen Kirche zur Frage

der Migration einerseits und in der Art und Weise der Auseinandersetzung mit konservativ-patriotischen Positionen, wie die AfD sie vertritt, andererseits. Schließlich besteht die Zeitgeistigkeit der evangelischen Kirche heute vor allem auch darin, dass man bereit ist, sich von der christlichen Botschaft überhaupt ab- und einer neuen Heilslehre zuzuwenden, nämlich der Doktrin der „Klimarettung“, dem neuen Erlösungsglauben der evangelischen Kirche.

Die evangelische Kirche und die „Homo-Ehe“

Eine der Fragen unserer Zeit ist die sogenannte Homo-Ehe. Die von Bundeskanzlerin Angela Merkel auf Druck der SPD in Windeseile angesetzte Bundestagsabstimmung über die dann auch mit zahlreichen christdemokratischen Stimmen im Juni 2017 beschlossene „Öffnung der Ehe“ für Homosexuelle sorgte bei vielen Christen für mehr als Kopfschütteln.

Wie positioniert sich die evangelische Kirche – auch und gerade im Hinblick auf die biblischen Grundlagen – hierzu?

Die Bibel verurteilt gleichgeschlechtliche Sexualität unzweideutig und zwar nicht nur im Alten Testament. Der Apostel Paulus spricht sich mehrmals gegen in der heidnischen Antike verbreitete homosexuelle Handlungen aus (siehe Römer 1,19–25 in Verbindung mit 1,26 f. sowie 1. Korinther 6,18 f.) und grenzt sich damit von der damaligen (wie heutigen) Mehrheitsmeinung ab. Wenn heute dagegen offizielle Dokumente der evangelischen Kirche (zum Beispiel „Verantwortete Partnerschaft. Grundsatzüberlegungen zur homosexuellen Liebe“ von 2002) darauf verweisen, dass die normative Ablehnung der Homosexualität in der Bibel im Grunde zeitbedingt sei, und die Aussagen des Paulus durch den Hinweis zu erledigen suchen, dieser habe ein sehr eingegengtes – also kein

modernes – Verständnis von Sexualität vertreten,¹⁵ so ist leicht zu ersehen, dass man mit einer umdeutenden Relativierung der biblischen Aussagen operiert. Eine recht offensichtliche Anpassung an den heutigen Zeitgeist.

Diese innerhalb der Kirche keineswegs unwidersprochen gebliebene Anpassung geht übrigens so weit, dass seit einigen Jahren im (innerkirchlich geltenden) Pfarrdienstgesetz der EKD das familiäre Zusammenleben und die Ehe so umdefiniert werden, dass sie auch homosexuelle Partnerschaften mit einschließen.¹⁶

So wird nicht nur verständlich, dass sich die evangelische Kirche entgegen den Aussagen der Bibel nicht klar gegen die „Homo-Ehe“ ausgesprochen hat, sondern auch, dass eine kirchliche Trauung homosexueller Partner in einer ganzen Reihe von Landeskirchen (etwa Baden, Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, Hessen/Nassau, Kurhessen-Waldeck oder Rheinland) möglich ist.¹⁷

In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass es gerade die beiden großen Kirchen waren, die sich in der Diskussion um das Grundgesetz nach dem Zweiten Weltkrieg besonders dafür einsetzten, dass die Ehe als Lebensgemeinschaft von Mann und Frau sowie die Familie als Gemeinschaft von Mann, Frau und ihren Kindern mit einem eigenen Schutzstatus verfassungsrechtlich verankert werden müssten, wie es in Art. 6 Abs. 1 des Grundgesetzes dann auch

¹⁵ Siehe: Verantwortete Partnerschaft. Grundsatzüberlegungen zur homosexuellen Liebe, vorgelegt von der Kirchenverwaltung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Darmstadt 2002, S. 8.

¹⁶ Siehe: § 39 Abs. 1 Pfarrdienstgesetz der EKD von 2010 in Verbindung mit der „nichtfamlichen Begründung“ des Gesetzes (<https://www.kirchenrecht-ekd.de/pdf/15068.pdf>, S. 39 f. [03.05.2019]).

¹⁷ Siehe: <https://www.evangelisch.de/inhalte/111225/20-11-2014/segnung-homosexueller-bunt-wie-ein-regenbogen> vom 01.04.2019 [03.05.2019].

festgeschrieben wurde. Es ist insofern eine Ironie der Geschichte, dass der familienpolitische Konsens auf biblischer Grundlage offensichtlich der Anpassung an den Zeitgeist und die herrschende Politik geopfert wurde.

Gender-Mainstreaming und „geschlechtergerechte“ Sprache

Die Wurzeln der Positionierung der evangelischen Kirche zur „Homo-Ehe“ liegen tiefer. Sie sind auf den Einfluss des radikalen Feminismus und der Ideologie des sogenannten Gender-Mainstreamings zurückzuführen, der sich längst in offiziellen Dokumenten der evangelischen Kirche niederschlägt.

So hat sich die „Evangelische Kirche im Rheinland [...] darauf verständigt, neben einer Gleichstellungspolitik, die verbindliche rechtliche Vereinbarungen und geschlechtsspezifische Maßnahmen vorsieht, das Gender-Mainstreaming-Verfahren auf allen Ebenen der Landeskirche einzuführen“.¹⁸

Was die evangelische Kirche, die sich auch ein „Studienzentrum für Genderfragen“ leistet, darunter versteht, wird zum Beispiel auf einer „Gender-Aufklärungsseite“ des „Evangelischen Zentrums Frauen und Männer GmbH“ und der Gleichstellungsstelle der Bremischen Evangelischen Kirche erläutert. Dort steht, dass das Wort „Geschlecht“ viele verschiedene Dinge meine, nämlich: „Vorstellungen über unseren Körper, über männliche und weibliche Identität, Verhaltensmuster und Begabungen, über Sexualität, Kinderkriegen, das Elternsein“. Diese hätten sich über die Zeit hinweg „stark verändert“.¹⁹

¹⁸ <http://www.ekir.de/gender/gender-mainstreaming-151.php> [03.05.2019].

¹⁹ Siehe http://gender-ismus.evangelisches-zentrum.de/#xl_xr_page_gender [03.05.2019].

Gender-Mainstreaming thematisiert also nicht lediglich Unterschiede zwischen Mann und Frau, meint auch nicht einfach die Gleichberechtigung der Geschlechter – wie viele annehmen – und ist auch nicht auf die Beseitigung von Diskriminierung gerichtet. Vielmehr geht es darum, Geschlechterrollen und Verhaltensweisen zu „dekonstruieren“ und aufzulösen. Generell nämlich stehen für die Befürworter des Gender-Mainstreamings alle tradierten, insbesondere die heterosexuellen normativen Orientierungen und Rollenmuster im Verdacht, Ungerechtigkeit zu verfestigen. Dagegen wird das „Mainstreaming“ in Stellung gebracht, durch das sich insbesondere bei Kindern und Jugendlichen möglichst keine fixierte Identität ausprägen soll, die als Verfestigung von unterdrückerischen Machtstrukturen (nämlich insbesondere der Familie) begriffen wird. Ein Mittel, um dies zu erreichen, besteht nach den Vertretern des Gender-Mainstreamings ausdrücklich in der Regulierung und Steuerung des üblichen Sprachgebrauchs durch Vorgaben von Sprech- und Schreibweisen.²⁰ Dass das Ganze, um es vorsichtig zu formulieren, wenig mit der biblischen Botschaft zu tun hat, legen schon die obigen Ausführungen zur gleichgeschlechtlichen „Ehe“ nahe. Doch die Befürworter des Gender-Mainstreamings in der evangelischen Kirche machen selbst vor dem Fundament des christlichen Glaubens, der Bibel, nicht halt. Konsequenterweise führt das zu Projekten wie demjenigen, die Bibel in „gerechte Sprache“ zu übertragen. Zwar steht die EKD der „Bibel in gerechter Sprache“

²⁰ Zu den Hintergründen von Gender-Mainstreaming siehe: Volker Zastrow: Gender. Politische Geschlechtsumwandlung, 4. Auflage, Waltrop/Leipzig, 2016; Mathias von Gersdorff: Gender. Was steckt dahinter? Illertissen 2015; zur innerkirchlichen Diskussion Jantine Nierop (Hrsg.): Gender im Disput. Dialogbeiträge zur Bedeutung der Genderforschung in Kirche und Theologie, Hannover 2018.

offiziell distanziert gegenüber,²¹ betrachtet sie aber immerhin als „eine ergänzende Bibelausgabe“. Indes vollzieht die „Bibel in gerechter Sprache“ nur, was das Gender-Mainstreaming, mit dem sich die EKD längst gemein gemacht hat, fordert. Dass dies dann viel mit Ideologie und wenig mit dem biblischen Text zu tun hat, springt allenthalben ins Auge.

So ist ständig von den „Apostelinnen und Aposteln“ die Rede,²² obgleich der Kreis der engsten Anhänger Jesu zweifelsfrei aus zwölf Männern bestand.²³ Wo die Lutherbibel von Jüngern spricht, tauchen „Schülerinnen und Schüler“ auf, wo sie allein von Brüdern spricht, gibt es nun „Schwestern und Brüder“. Exemplarisch seien einige Beispiele herausgegriffen:

Textstelle	Lutherbibel 2017	„Bibel in gerechter Sprache“
Apg 15,10	„Warum versucht ihr denn nun Gott dadurch, dass ihr ein Joch auf den Nacken der Jünger legt, das weder unsere Väter noch wir haben tragen können?“	„Nun also, was fordert ihr Gott damit heraus, dass den Schwestern und Schülern ein Joch auf den Hals gelegt werde, das weder unsere Vorfahren noch wir zu tragen vermochten?“ ²⁴
Apg 15,23	„Und sie gaben ein Schreiben in ihre Hand, also lautend: Wir, die Apostel und Ältesten, eure Brüder, grüßen die Brüder aus den Heiden in Antiochia und Syrien und Kilikien.“	„Durch sie ließen sie folgendes Schreiben überbringen: ‚Die Apostel und die Ältesten grüßen in geschwisterlicher Verbundenheit die Schwestern und Brüder aus der Völkerwelt in Antiochia, Syrien und Zilizien.‘“
Tob 1,16	„Auch in den Tagen Salmanassars erwie ich den Brüdern meines Geschlechts viel Barmherzigkeit.“	„Bereits in den Tagen Salmanassars war ich barmherzig gewesen und hatte meinen israelitischen Schwestern und Brüdern viel Gutes getan.“

Auch die Titel der einzelnen Bücher der Bibel werden „geschlechtergerecht“ umbenannt – aus der Apostelgeschichte wird „Über die Zeit der Apostelinnen und Apostel“ und aus dem Buch der Richter „Über die Zeit der Richterinnen und Richter“. Solche und zahllose vergleichbare, bisweilen grob sinnentstellende Formulierungen geben den biblischen Text im Grunde der Lächerlichkeit preis.²⁵

Aber das stört die Protagonisten nicht. Um für eine „gerechte“ Sprache zu sorgen und damit die Wirklichkeit nach dem eigenen ideologischen Bilde zu formen, ist einigen in der evangelischen Kirche selbst ein Umschreiben der Bibel recht.

Übrigens ist der zeitgeistorientierte manipulative Umgang mit der Bibel nicht neu. So passte etwa Reichsbischof Ludwig Müller im Jahr 1936 Bibeltexte dem damaligen nationalsozialistischen Zeitgeist und dessen Sprache an. Müller „genderte“ die Bibel nicht, sondern „verdeutschte“ sie. Dem fiel auch die Bergpredigt zum Opfer, beispielsweise das Vergeltungsverbot Jesu. Matthäus 5,38 f. lautete bei Müller wie folgt: „Im Volksmund heißt es immer noch: ‚Wie du mir, so ich dir‘ oder: ‚Auge um Auge, Zahn um Zahn.‘ [...]“

21 Siehe: Die Qualität einer Bibelübersetzung hängt an der Treue zum Text. Stellungnahme des Rates der EKD zur „Bibel in gerechter Sprache“, 2007: https://www.ekd.de/pm67_2007_bibel_in_gerechter_sprache.htm [03.05.2019].

22 Siehe etwa <https://www.bibel-in-gerechter-sprache.de/die-bibel/big-online/?Apg> [03.05.2019].

23 Unter den frühchristlichen Aposteln (im allgemeinen Sinne von „Gesandten“) nennt der Römerbrief eine Person namens Junia. Ob diese Person eine Frau war, ist nicht geklärt. Wenn sie tatsächlich eine Frau war, wäre sie die einzige Apostelin (im allgemeinen Sinne) der frühen Kirche gewesen.

24 <https://www.bibel-in-gerechter-sprache.de/die-bibel/big-online/?Apg/15/10/> [03.05.2019].

25 Der evangelische Theologe Sebastian Moll kommt zu dem Schluss: „Allen widerfuhr Gerechtigkeit – außer dem Text“ (Sebastian Moll: Jesus war kein Vegetarier, 3. Auflage, Berlin 2013, S. 100).

Ich sage euch: Es ist besser, mit den Volksgenossen so zu leben, daß ihr miteinander gut auskommt. Volksgemeinschaft ist ein hohes und heiliges Gut, dem ihr Opfer bringen müßt. [...] Wenn dein Kamerad in seiner Erregung dir ins Gesicht schlägt, ist es nicht immer richtig, gleich wieder zu schlagen. Es ist mannhafter, Überlegene Ruhe zu bewahren. Wahrscheinlich wird dein Kamerad sich dann schämen“.²⁶

Wenngleich der Zeitgeist 1936 aus einer ganz anderen Richtung wehte als heute, ist das Übereinstimmende der Unternehmen, die Bibel „zeitgemäß“ umzuschreiben, in dem Willen zu sehen, den Text der Bibel nicht nur aus einer Zeit oder einer bestimmten Perspektive heraus interpretieren zu wollen, sondern die Bibel selbst im Sinne des Zeitgeistes und seiner Sprache neu zu verfassen. Eine derartige Hybris ist gewiss kaum zu überbieten, zeigt aber, wozu distanzloser Zeitgeistopportunismus und Ideologie führen können.

Mit der Übernahme des Gender-Mainstreamings geht die evangelische Kirche mit dem Zeitgeist der Machthaber in Bund und Ländern einher. Es sei daran erinnert, dass schon 1999 die damalige rot-grüne Koalition im Bund die Einführung der Strategie des Gender-Mainstreamings beschloss. Dieser Beschluss wurde auch unter den seit 2005 von der CDU geführten Bundesregierungen nicht rückgängig gemacht.

26 Ludwig Müller: Deutsche Gottesworte, verdeutscht von Reichsbischof Ludwig Müller, Weimar 1936, S. 15 f., hier zitiert nach Thomas M. Schneider: Volksnomothologie, in: Michael Fahlbusch et al. (Hrsg.): Handbuch der völkischen Wissenschaften. Akteure, Netzwerke, Forschungsprogramme, Teilband 2, 2., grundlegend erweiterte und überarbeitete Auflage, Berlin/Boston 2017, S. 1288–1296, hier: S. 1294. In der Lutherbibel lautet Mt 5,38 f.: „Ihr habt gehört, dass gesagt ist [...]: ‚Auge um Auge, Zahn um Zahn.‘ Ich aber sage euch, dass ihr nicht widerstreben sollt dem Bösen, sondern: Wenn dich jemand auf deine rechte Backe schlägt, dem biete die andere auch dar“.

Massenmigration als angebliche Forderung des Liebesgebotes

Bereits vor Öffnung der deutschen Grenzen für eine unkontrollierte Masseneinwanderung im Jahr 2015 beschäftigten sich die beiden großen Kirchen in Deutschland mit der Problematik der Migration. Sie veröffentlichten 1997 ein umfangreiches Papier dazu, dem auch andere Kirchen in Deutschland zustimmten.

Darin heißt es zum Liebesgebot des Neuen Testaments: „Nicht ein bestimmter Nahestehender verlangt Zuwendung und Hilfe, vielmehr macht das umfassende Liebesgebot umgekehrt auch einen bisher fernstehenden Menschen zum Nächsten.“²⁷

Das „enge, national beschränkte Denken und Handeln“ solle „aufgelöst“ werden.²⁸ Die Kirchen sprechen sich gegen eine „Einschränkung“ des Asylrechts oder seine – laut einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Mai 1996 mögliche – Abschaffung aus.²⁹ Zwar wird betont, dass es kein Recht auf Einwanderung gebe. Gleichwohl wird gefordert, dass „jede Gemeinschaft eine positive Grundhaltung gegenüber der Grundgegebenheit von Migration und damit verbundener Zuwanderung“³⁰ brauche. Die doppelte Staatsangehörigkeit wird bejaht.

Nicht zuletzt dieses Dokument lässt die öffentlichen Stellungnahmen der EKD im Zuge der Asylkrise

27 „... und der Fremdling, der in deinen Toren ist.“ Gemeinsames Wort der Kirchen zu den Herausforderungen durch Migration und Flucht. Gemeinsame Erklärung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz in Verbindung mit weiteren Mitglieds- und Gastkirchen der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland, Bonn/Hannover/Frankfurt am Main 1997, S. 47, online unter: [https://www.bayern-evangelisch.de/downloads/2014-06-25-dbk-gemeinsames_wort_der_kirchen_migration_flucht_1997\(1\).pdf](https://www.bayern-evangelisch.de/downloads/2014-06-25-dbk-gemeinsames_wort_der_kirchen_migration_flucht_1997(1).pdf) [03.05.2019].

28 Ebd., S. 48.

29 Siehe: BVerfG, 14.05.1996 – 2 BvR 1938/93.

30 „... und der Fremdling“, S. 57.

verständlicher werden. So heißt es im ersten Beschluss der Kirchensynode von Würzburg (2015) nach der allgemeinen Berufung auf die „europäische Wertegemeinschaft“³¹, dass ein umfassendes und ehrgeiziges europäisches Neuansiedlungsprogramm, mehr legale Wege für Migranten in die EU, eine erleichterte Familienzusammenführung für Flüchtlinge sowie ein umfassendes europäisches Seenotrettungsprogramm in der Nachfolge von „Mare Nostrum“ erforderlich seien. Der Beschluss liest sich im Grunde wie ein Auszug aus dem Programm der Grünen, der Linkspartei oder auch der SPD.

Dass man die Zuwanderungsproblematik aus biblischer Sicht allerdings auch anders sehen kann, zeigt der freikirchliche Pfarrer Jakob Tschardtke in zwei Predigten, die er während der Hochphase der Asylkrise im Herbst 2015 hielt.³² Er verweist darauf, dass das christliche Gebot der Nächstenliebe auf der Ebene der persönlichen Begegnung gelte, die man von der politischen Ebene unterscheiden müsse. Die Grenzverteidigung sei nach der Bibel legitim. In Anlehnung an Römerbrief 13 erinnert Tschardtke daran, dass nach Luther die Obrigkeit nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht habe, den Staat zu verteidigen und das eigene Volk zu schützen. Beim Fremden, auf den der Titel einer der Predigten rekurriert („Der

31 Siehe: EKD: Flüchtlingssterben im Mittelmeer. Beschluss der 12. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland auf ihrer 1. Tagung, Würzburg, den 2. Mai 2015, https://www.ekd.de/synode2015_wuerzburg/berichte/beschluss.html [03.05.2019].

32 Jakob Tschardtke: Wie gehen wir als Christen mit der Zuwanderungsproblematik um? Zusammenstellung der beiden Predigten vom 4. + 11.10.2015 zur Einordnung der Zuwanderung aus biblischer Sicht (= Orientierung auf dem Weg der Nachfolge Nr. 37), <http://www.efk-riedlingen.de/downloads/037%20Wie%20gehen%20wir%20als%20Christen%20mit%20der%20Zuwanderungsproblematik%20um.pdf> [03.05.2019]. Die beiden Predigten sind auch in Buchform erschienen: Jakob Tschardtke: Einordnung der Zuwanderung aus biblischer Sicht, Lage 2015.

Christ und der Fremde“), gelte es, zwischen „dem Fremden“ und „dem Fremdling“ zu unterscheiden, so Tscharnke. Während als Letzterer im Alten Testament jemand bezeichnet werde, der voll integriert am politischen, gesellschaftlichen und religiösen Leben des Volkes Israel teilnehme und dieselben Rechte und Pflichten besitze wie der Einheimische, sei der Erstgenannte – also der „Fremde“ – als Nichtdazugehöriger zu verstehen. Dieser habe eben nicht die gleichen Rechte wie der Einheimische, weil er sich nicht voll integriert habe. Von einer undifferenzierten „Fremdenliebe“ (und der Abneigung gegen das Eigene) könne weder im Alten noch im Neuen Testament die Rede sein. Auch hier, am Beispiel des Verhältnisses zur Migration, kann man erkennen, wie die evangelische Kirche die eigenen biblischen Grundlagen zugunsten des Paktes mit dem Zeitgeist und den Mächtigen einseitig in den Blick nimmt und instrumentalisiert.

Das hat ganz praktische Folgen. Diese Sicht auf die Migrationsproblematik führt bei der EKD etwa zu einer Verharmlosung der Schlepperkriminalität im Mittelmeer, die sich auch darin äußert, dass die evangelische Kirche einen Verein wie Sea Watch unterstützt. Diese „Nichtregierungsorganisation“ (NGO – Non-Governmental Organization) transportiert unter dem Anspruch der Seenotrettung Menschen über das Mittelmeer nach Europa, namentlich nach Italien. Italien sieht in den Aktivitäten der Organisation seit längerem eine Beihilfe zur illegalen Einwanderung. Die EKD unterstützte Sea Watch alleine im Jahr 2017 mit 100.000 Euro.³³

³³ Siehe: <http://www.idea.de/menschenrechte/detail/ekd-foerdert-umstrittene-fluechtlingshilfsorganisation-mit-100000-euro-101999.html> vom 06.08.2017 [03.05.2019]. Insgesamt seien für „Seenotrettung, legale Zugangswege und kirchliche Auslandsprojekte 1,1 Millionen Euro bereitgestellt worden“.

Das neue Glaubensbekenntnis: Klimarettung als Religionsersatz

Die Bewahrung der Schöpfung ist ein biblisch begründetes und daher zentrales Anliegen der Christenheit. Dabei fokussiert sich die evangelische Kirche in jüngster Zeit mehr und mehr auf die Thematik eines menschengemachten Klimawandels, der in absehbarer Zeit eine Klimakatastrophe sicher zur Folge haben werde, wenn von der Politik nicht umgehend Maßnahmen gegen diesen Klimawandel ergriffen würden. Dementsprechend „[dringt] die evangelische Kirche [...] auf einen ehrgeizigeren Einsatz der Politik gegen den Klimawandel“ und fordert ein politisches Sofortprogramm zum Klimaschutz, einen rascheren Ausbau der „erneuerbaren Energien“ sowie eine „konsequente Mobilitätswende“.³⁴

Bezüglich des letztgenannten Punktes mahnte etwa der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm: „Jetzt muss es darum gehen, wie unsere Mobilität so schnell wie möglich ökologisch umgestellt werden kann“.³⁵ Und um der Politik bei diesem Unterfangen „auf die Sprünge“ zu helfen und namentlich die deutschen CO₂-Emissionen zu senken, hat die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (EKM) Anfang 2019 eine Petition beim Deutschen Bundestag initiiert, in der ein generelles Tempolimit von 130 km/h auf

³⁴ Siehe: <http://www.kircheundgesellschaft.de/newsbeitraege/newsansicht/news/ekd-synode-fordert-sofortprogramm-zum-klimaschutz-1/> vom 16.11.2017 [07.05.2019].

³⁵ „Wir wollen Visionen, kein ewiges Hin und Her“, <https://christmon.evangelisch.de/artikel/2017/36143/welche-kirche-brauchen-wir-zukunft-der-ekd-ratsvorsitzende-heinrich-bedford-strohm-im-gespraech-mit> vom 16.10.2017 [07.05.2019].

Autobahnen gefordert wird.³⁶

Augenfällig am Engagement der evangelischen Kirche zur Rettung des Weltklimas ist die außerordentliche Einseitigkeit in der Positionierung zum Thema. Ihr gilt als gewiss, dass der heutige Klimawandel menschengemacht ist, genauer: dass vor allem die (westlichen) Industriegesellschaften wegen ihrer CO₂-Produktion die Schuld am Klimawandel tragen und dass ohne eine energische und sofortige „Wende“ in der Politik die Klimakatastrophe unmittelbar bevorstehe. Dass allerdings viele Aspekte des Klimawandels in der Forschung strittig sind, dass insbesondere der verursachende Anteil des Menschen am Klimawandel keineswegs geklärt ist, dass die Kausalität von Erderwärmung und CO₂-Gehalt der Atmosphäre nicht ausdiskutiert oder die Bedeutung der Sonne für die Klimaentwicklung noch nicht hinreichend erforscht wurde – solche Fragen werden ausgeblendet oder beiseitegeschoben.

Eine derartige Immunisierung der These von der bevorstehenden menschengemachten Klimakatastrophe gegenüber kritischen Einwänden lässt die Positionierung der evangelischen Kirche zum Klimawandel als ein dogmatisches Glaubensbekenntnis erscheinen.

Der Charakter der Klimaschutzdoktrin als Religionersatz ist schon vor Jahren diagnostiziert worden und

³⁶ Siehe Eike Kellermann: Evangelische Kirche will Tempo 130 auf Autobahnen, in: Freies Wort Suhl vom 18.01.2019, S. 3. Die Petition hat im April 2019 die erforderliche Zahl an Unterstützerunterschriften erreicht; siehe https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/_2019/_01/_09/Petition_89913.mitzeichnen.registrieren.html [07.05.2019].

drängt sich heute allerorten auf.³⁷ Besonders deutlich springt das ins Auge, wo Sprache und Bilder der Bibel direkt auf die Doktrin der Klimarettung übertragen werden. Dies hat jüngst die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, Katrin Göring-Eckardt, einst Kirchentagspräsidentin und heute Mitglied der 12. Synode der EKD, unternommen. Im Rahmen einer „Kanzelrede“ äußerte Göring-Eckardt im März 2019 in einer Duisburger Kirche über die 16-jährige „Klimaaktivistin“ Greta Thunberg: „Mich erinnert Greta an die Stelle aus dem Prophetenbuch Amos, wo es heißt: Sie hassen den, der im Tor Recht spricht, und verabscheuen den, der die Wahrheit sagt“. Propheten (wie Greta Thunberg) sprächen die Wahrheit aus, „sehr entschieden, sehr kundig und sehr klug“.³⁸

Es ist hier nicht der Ort, über das „Phänomen“ Greta Thunberg zu diskutieren. Entscheidend ist vielmehr die quasireligiöse Überhöhung eines ganz weltlichen, diesseitigen Alarmismus, der mit Warnungen vor dem kommenden Weltuntergang und mit dem Anspruch der Rettung der ganzen Welt auftritt. Wobei nicht zuletzt die evangelische Kirche genau weiß, wie diese Rettung der Welt, die einst Gott vorbehalten war, ins Werk zu setzen ist (nämlich durch radikalen Abbau der menschengemachten CO₂-Produktion, Versorgung mit 100 Prozent „erneuerbaren“ Energien, schnellstmögliche ökologische Umstellung

³⁷ Siehe beispielsweise Moritz Breckner: Ersatzreligion „Klimawandel“, <https://www.pro-medienmagazin.de/kommentar/2015/11/27/ersatzreligion-klimawandel/> vom 27.11.2015 [07.05.2019]; Holger Steltzner: Klimaschutz als Religion, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/teure-umweltpolitik-klimaschutz-als-neue-ersatzreligion-16018515.html> vom 01.02.2019 [07.05.2019].

³⁸ Zitiert nach <https://www.kirche-duisburg.de/1739kanzeldrede.php> vom 18.03.2019 [07.05.2019].

unserer Mobilität etc.). Fragt man danach, warum sich die evangelische Kirche dem neuen Klimacredo so demonstrativ unterwirft, so liegen zwei Antworten nahe:

Zum einen ist bekannt, dass immer weniger Christen von zentralen Aussagen des christlichen Glaubensbekenntnisses überzeugt sind³⁹ und nicht zuletzt deshalb der evangelischen Kirche die Mitglieder weglaufen. Demgegenüber verspricht das Credo der Klimaapokalypse und des Klimaschutzes breite Zustimmung, von der man hofft, sie auch in die eigenen Bahnen lenken zu können. Hier hat man wieder eine „große Erzählung“,⁴⁰ ja sogar eine Utopie im Angebot,⁴¹ während die Erzählung von Jesus Christus als Erlöser der Menschheit selbst in den Reihen der Kirche zu verblassen scheint. Vor allem aber sichert das Bekenntnis zum neuen Klimacredo das Wohlwollen der bestimmenden politischen Eliten; dies zählt sich für die evangelische Kirche aus, durch Sicherung und Erweiterung von Mitsprachemöglichkeiten und Einfluss – trotz der zurückgehenden Zahl von Gläubigen und Kirchenmitgliedern.

³⁹ Siehe etwa die Berichte: Umfrage: Viele Christen glauben nicht an Gott, <https://www.evangelisch.de/inhalte/155966/20-04-2019/umfrage-viele-christen-glauben-nicht-gott> vom 20.04.2019 und Umfrage: Nur die Hälfte der Christen glaubt an Auferstehung, <https://www.evangelisch.de/inhalte/143217/15-04-2017/umfrage-nur-die-haelfte-der-christen-glaubt-auferstehung> vom 15.04.2017 [07.05.2019].

⁴⁰ So kommt man einem angeblichen Wunsch der jungen Generation entgegen. In einem Gespräch mit dem EKD-Ratsvorsitzenden Bedford-Strohm meint ein Student: „Aber wir Jungen wollen Visionen, wir wollen eine große Erzählung. Nicht dieses ständige Hin und Her“ (<https://chrismon.evangelisch.de/artikel/2017/36143/welche-kirche-brauchen-wir-zukunft-der-ekd-ratsvorsitzende-heinrich-bedford-strohm-im-gespraech-mit> vom 16.10.2017 [07.05.2019]).

⁴¹ „Diese Utopie müssen wir Wirklichkeit werden lassen“, meint Göring-Eckardt in ihrer bereits zitierten Kanzelrede.

Zum anderen profitiert die evangelische Kirche auch noch in anderer Weise vom Klimacredo, nämlich finanziell. Die sogenannte Energiewende, die wesentlich auf dem Klimacredo beruht, hat ein starkes Anwachsen des Marktes für „erneuerbare“ Energien mit entsprechenden Renditemöglichkeiten zur Folge. Am Energiegeschäft beteiligt sich auch die evangelische Kirche. Anfang 2014 etwa wurde in Mecklenburg die Kirchliche EnergieWerk GmbH gegründet, deren Mehrheitsgesellschafter der Evangelisch-Lutherische Kirchenkreis Mecklenburg ist.⁴² Die Evangelische Stiftung Pflege Schönau (ESPS), deren Stiftungszweck die Bauunterhaltung von Kirchengebäuden und Pfarrhäusern sowie die Finanzierung von Pfarrstellen in der badischen Landeskirche ist, stellt Flächen, namentlich Waldflächen, für den Betrieb von Windkraftanlagen zur Verfügung. Im Geschäftsbericht der Stiftung des Jahres 2016 heißt es dazu: „Viele der ESPS-Waldflächen liegen auf den Höhenzügen von Schwarzwald und Odenwald und sind bestens für den Betrieb von Windkraftanlagen oder Windparks geeignet. Die ESPS verpachtet die Grundstücke oder gibt sie im Erbbaurecht an die Betreiber ab. Die Laufzeiten der Windkraftanlagen sind für mehrere Jahrzehnte ausgelegt, sodass die Vergabe dieser Grundstücke der ESPS langfristige Einnahmen garantiert“.⁴³

Auch die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland verpachtet kirchliche Flächen an Windkraftbetreiber, doch sie ist zudem längst selbst in das Geschäft mit dem „Öko-Strom“ eingestiegen. Die Landeskirche

⁴² Siehe <https://www.kirchliches-energiwerk.de/unternehmen/> [14.05.2019]. Außerdem ist das Energieunternehmen WEMAG an der Firma beteiligt.

⁴³ Evangelische Stiftung Pflege Schönau, Perspektiven eröffnen. Geschäftsbericht 2016, Heidelberg o.J., S. 24.

betreibt mehrere Windkraftfräder und profitiert von festen Vergütungen, die über lange Zeiträume durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) garantiert werden. Selbstverständlich lässt die mitteldeutsche Landeskirche verlautbaren, dass es ihr „nicht vorrangig um Renditen, sondern um ein klimapolitisches Ziel“⁴⁴ gehe. Trotzdem ist dieser Weg für die Kirche vor allem wirtschaftlich attraktiv, weil der „Öko-Strom“ per gesetzlichem Zwang letztlich durch die Stromkunden subventioniert wird.

Das ökopopulistische Klimacredo der Kirche lässt also erfreulicherweise auch die Kirchenkassen klingeln.

Äußerungen von Repräsentanten der evangelischen Kirche zur AfD

Der Pakt mit dem Zeitgeist und den Mächtigen wird nicht zuletzt an den Äußerungen führender Repräsentanten der evangelischen Kirche zur Alternative für Deutschland (AfD) deutlich. Hier sollen einige wenige, besonders aussagekräftige Beispiele insbesondere vom zurückliegenden Deutschen Evangelischen Kirchentag 2017 dargestellt werden.

Der Kirchentag bietet seit jeher einen guten Einblick in die Verfasstheit und die gesellschaftspolitische Positionierung der evangelischen Kirche. Alleine an der Auswahl der Veranstaltungsthemen und der Organisationen, die 2017 zum Beispiel mit einem eigenen Stand vertreten waren, ist eine Dominanz linksgrüner Themen und Organisationen unübersehbar. So gab es gleich zwei Veranstaltungen zum „Rechtspopulismus“ – eine davon beschäftigte sich mit dem kircheninternen Problem, das sich aus der Sicht der

⁴⁴ Ökostrom von der Kirche, <https://www.ekd.de/oekostrom-von-der-kirche-ekm-landeskirche-36145.htm> vom 10.07.2018 [16.05.2019].

Veranstalter offenbar einstellt, wenn Bewerber zur Gemeinderatswahl antreten, die einer „rechtspopulistischen Vereinigung“ (was immer damit gemeint ist) nahestehen.

Dagegen wurde der Linksextremismus ebenso wenig thematisiert wie der Islamismus. Erstaunlicherweise setzte sich also ausgerechnet die politisierte evangelische Kirche mit einem der wichtigsten politischen Phänomene der jüngeren Zeit nicht auseinander. Stattdessen wurde eine Veranstaltung zur Islamfeindlichkeit angeboten. Im Rahmen einer Podiumsdiskussion durfte immerhin über den Fundamentalismus in den Weltreligionen diskutiert werden – allerdings eingeschränkt auf die feministische Perspektive.⁴⁵

Während die Vereinigung der Christen in der AfD nicht mit einem Stand vertreten war, konnten die Bundesarbeitsgemeinschaft Christinnen und Christen bei der Partei Die Linke ebenso wie der Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V., Attac und die linksextremistische, im Verfassungsschutzbericht des Freistaates Bayern von 2018 erwähnte Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) den Kirchentagsbesuchern ihre Positionen und Ziele nahebringen.⁴⁶

⁴⁵ Siehe: Kirchentag. Feministinnen gegen Fundamentalismus, unter <https://www.idea.de/gesellschaft/detail/kirchentag-feministinnen-gegen-fundamentalismus-101152.html> vom 26.05.2019 [03.05.2019].

⁴⁶ Siehe zu den Veranstaltungen und Mitwirkenden des 36. Kirchentages von 2017 das Programmheft unter: https://dxz7zqp528hul.cloudfront.net/production/htdocs/fileadmin/dateien/zzz_NEUER_BAUM/Programm/DEKT36_Programmheft.pdf [03.05.2019].

Anders als beim Kirchentag 2019, der explizit keine AfD-Vertreter einlädt,⁴⁷ wurde 2017 nicht nur über, sondern immerhin auch mit der AfD diskutiert. Bei einer (von lautem Protest begleiteten) Podiumsdiskussion mit der damaligen Sprecherin der Christen in der AfD, Anette Schultner, grenzte der Berliner Bischof Markus Dröge allerdings gleich manches Kirchenmitglied aus, indem er apodiktisch, quasi „von der Kanzel herab“, bekannt gab, dass man sich als Christ nicht in einer Partei engagieren dürfe, die „Ängste dramatisiert, Misstrauen sät und Ausgrenzung predigt“⁴⁸ – immer unterstellend, dass dies für die AfD zutreffe.

Ob Dröge sich in ähnlicher Weise gegen Die Linke ausgesprochen hat, ist nicht bekannt. Derselbe Bischof fragte auch, ob die Mitgliedschaft in der AfD mit dem Amt des Gemeindegemeinderats zu vereinbaren sei. Unter Dröge wurde 2013 die Grundordnung der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz so geändert, dass die „Mitgliedschaft in einer Partei oder Organisation, die menschenfeindliche Ziele verfolgt, mit dem Ältestenamtsamt als unvereinbar festgeschrieben wird.“⁴⁹ Wie der Begriff der „Menschenfeindlichkeit“ dabei im Sinne der Rechtsklarheit definiert wird, bleibt der Willkür überlassen – womit Ausgrenzungsbemühungen gegenüber politisch nicht erwünschten Kandidaten Tür und Tor geöffnet sind. Es liegt auf der Hand, dass sich diese gesinnungspolitische Maßnahme insbe-

47 Siehe: <https://www.evangelisch.de/inhalte/152474/26-09-2018/evangelischer-kirchentag-will-keine-afd-politiker> vom 26.09.2018 [03.05.2019].

48 <http://www.rp-online.de/politik/deutschland/kirchentag-bischof-droege-verurteilt-afd-aid-1.6844121> vom 25.05.2017 [03.05.2019].

49 <https://www.evangelisch.de/inhalte/131154/28-01-2016/berliner-bischof-droege-warnt-vor-afd> vom 28.01.2016 [03.05.2019].

sondere gegen die AfD richtet.

Mit der vorgeblichen „Menschenfeindlichkeit“ der AfD befasste sich auf dem Kirchtag 2017 auch Margot Käbmann, Reformationsbotschafterin im Lutherjahr 2017 und ehemalige Ratsvorsitzende der EKD. Im Rahmen einer Bibelarbeit zitierte Käbmann folgenden Absatz aus dem Grundsatzprogramm der AfD von 2016:

„Den demografischen Fehlentwicklungen in Deutschland muss entgegengewirkt werden. Die volkswirtschaftlich nicht tragfähige und konfliktrichtige Masseneinwanderung ist dafür kein geeignetes Mittel. Vielmehr muss mittels einer aktivierenden Familienpolitik eine höhere Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung als mittel- und langfristig einzig tragfähige Lösung erreicht werden.“

Käbmann kommentierte: „Keine Frage mehr, jetzt ist es klar. Frauen sollen Kinder bekommen, wenn sie ‚biodeutsch‘ sind. Das ist eine neue rechte Definition von einheimisch gemäß dem sogenannten kleinen Arierparagrafen der Nationalsozialisten: zwei deutsche Eltern, vier deutsche Großeltern. So einfach klein und eng können selbst die Neonazis sich die Welt im Jahr 2017 nicht malen.“⁵⁰

Offensichtlich unterstellt Käbmann in ihren polemisierenden, unsachlichen und diffamierenden Äußerungen der AfD ein biologisch-völkisches („biodeutsch“) Verständnis der „einheimischen Bevölkerung“. Dass unter die „einheimische Bevölkerung“ nicht zuletzt die deutschen Staatsangehörigen fallen, für die ihr Land und die dazugehörigen Lebensweisen die

50 Margot Käbmann: Bibelarbeit zu Lk 1, 39–56 auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in Berlin, <https://www.ekd.de/Bibelarbeit-von-Margot-Kaessmann-an-Christi-Himmelfahrt-auf-dem-Evangelischen-Kirchentag-in-Berlin-22869.htm> vom 25.05.2017 [03.05.2019].

ererbte Heimat darstellen, ist Käßmann in ihrem wirren Eifer entgangen. Zu sehr wollte sie die AfD mit dem „kleinen Arierparagraphen der Nationalsozialisten“ in Zusammenhang bringen, womit sie unter der Hand alle Familien diskreditierte, in denen Kinder deutsche Eltern und Großeltern haben, was in Deutschland noch immer die Regel ist. Der Journalist Henryk M. Broder sah in dieser Verbalinjurie der Kirchenfrau eine „Fortsetzung der Nürnberger Gesetze, diesmal nur andersrum“.⁵¹

Dass es Käßmann gar nicht um eine sachliche Auseinandersetzung mit der AfD ging, zeigte sie in derselben „Bibelarbeit“ auch mit der nachfolgenden, völlig argumentfreien und rein polemischen Äußerung: „Für mich sind auch Frauen nicht die besseren Menschen. Wenn ich die Hetztiraden von Alice Weigel [sic!] oder Marine le Pen höre und sehe, ist das glasklar“.⁵²

Vor dem Hintergrund solch offener Hetze führender Repräsentanten der EKD gegen die AfD überrascht es nicht, dass sich Vertreter der evangelischen Kirche immer wieder an „Protesten“ gegen die Partei beteiligen. So auch am „Protest“ gegen den AfD-Bundesparteitag am 22. und 23. April 2017 in Köln. Unter dem die Verbrechen des Nationalsozialismus relativierenden Motto „Unser Kreuz hat keine Haken“ wurde die AfD offen mit dem Nationalsozialismus identifiziert. Während man in dieser intellektuell schlichten und historisch überaus unbedarften Weise gegen eine

⁵¹ Henryk M. Broder: Margot Käßmann holt die Nürnberger Gesetze aus der Versenkung, https://www.achgut.com/artikel/margot_kaessmann_holt_die_nuernberger_gesetze_aus_der_versenkung_vom_28.05.2017 [13.05.2019].

⁵² Käßmann: Bibelarbeit. Mit „Alice Weigel“ war offensichtlich die derzeitige Vorsitzende der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Alice Weidel, gemeint.

ebenso legitime wie legale Partei der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie polemisierte, blieb die Ironie unbemerkt, die sich in der „Warnung“ des Kölner Superintendenten Rolf Domning vor einem „Missbrauch christlicher Symbole durch die AfD“⁵³ verbarg.

Wer nämlich tatsächlich einen Missbrauch der christlichen Symbole und des Christentums betreibt, ist die evangelische Kirche: Anstatt christliche Missionsarbeit zu betreiben, missioniert sie politisch. Anstatt die Wahrheit Jesu Christi zu verkünden, trachtet sie danach, durch Diffamierung und Ausgrenzung die eigene linksgrüne Weltanschauung zur alleinigen Wahrheit zu erheben.

Der politische Kampf der evangelischen Kirche in Thüringen

Wie die politische Missionsarbeit der evangelischen Kirche aussieht, lässt sich gerade in Thüringen gut studieren. Hier ist die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland, die sich über weite Gebiete Thüringens und Sachsen-Anhalts sowie über kleinere Regionen Sachsens und Brandenburgs erstreckt, vielfältig im sogenannten „Kampf gegen rechts“ vernetzt.

Dieser „Kampf“, der sich gerne auch über das Recht hinwegsetzt, nimmt unterschiedliche Gestalt an. So ließ im Mai 2019 die Pfarrerin Juliane Baumann während einer ordnungsgemäß angemeldeten und genehmigten Wahlkampfveranstaltung der AfD in Sömmerda die Kirchenglocken läuten, was zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Veranstaltung

⁵³ <https://www.evangelisch.de/inhalte/143375/23-04-2017/zeichen-fuer-menschenrechte-demokratieverstaendnis-toleranz-und-weltoffenheit-koelner-demonstrieren> vom 23.04.2017 [03.05.2019].

führte. Die Pfarrerin, für die das vermutlich ein Akt der Toleranz war, ist auch Vorsitzende des Vereins „Bürgerbündnis für einen toleranten Landkreis Sömmerda“, der sich gerne aus Steuergeldern fördern lässt⁵⁴ und der sich nicht zuletzt der Bekämpfung der AfD verschrieben hat.⁵⁵

Unter dem Etikett einer angeblichen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus beteiligen sich die evangelische Kirche und ihre Repräsentanten in Thüringen also tatkräftig an der staatlich alimentierten Bekämpfung einer politischen Partei. Zwei der wichtigsten Organisationen bei dieser aus dem Landeshaushalt finanzierten Agitation sind Mobit e.V. und Ezra.

Mobit e.V. („Mobile Beratung in Thüringen. Für Demokratie – gegen Rechtsextremismus“) wurde 2001 von der evangelischen Kirche zusammen mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund und der Jüdischen Landesgemeinde gegründet. Im Vorstand befinden sich mit dem Vorsitzenden Sandro Witt⁵⁶ und mit Matthias Quent⁵⁷ zwei bestens im „Kampf gegen rechts“ verankerte Personen.⁵⁸

Mobit bietet nicht nur eine Aussteigerberatung für Rechtsextremisten, die die Szene verlassen möchten. Auf der Internetpräsenz des Vereins wird auch eine

54 Siehe Landtagsdrucksache 6/3269, S. 22, http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/61096/foerderung_aus_dem_thueringer_landesprogramm_fuer_demokratie_toleranz_und_welt-offenheit.pdf [22.05.2019].

55 Nicht zufällig zählen zu den öffentlich genannten „Unterstützern“ des Vereins die Parteien Die Linke, SPD und CDU; siehe <http://buntes-soemmerda.de/index.php/links> [22.05.2019].

56 Witt ist stellvertretender Vorsitzender des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen.

57 Quent, ehemaliger Mitarbeiter der Landtagsabgeordneten Katharina König-Preuss (Die Linke), ist Leiter des ebenfalls aus Mitteln des Landeshaushalts finanzierten Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft.

58 Siehe: <https://mobit.org/ueber-uns/> [03.05.2019].

„Chronik extrem rechter Aktivitäten in Thüringen“ veröffentlicht, die unter anderem Demonstrationen der Alternative für Deutschland als „fremdenfeindlich“ diffamiert.⁵⁹

Demonstrationen der AfD werden auch in einer Kurzfilmreihe thematisiert, vermeintlicher „Rechtspopulismus“ wird mit Rechtsextremismus gleichgesetzt.⁶⁰ Unter den auf der Internetseite hinterlegten Materialien findet sich eine Anti-AfD-Studie, die 2014 von Mobit in Auftrag gegeben wurde.⁶¹

Mobit ist seit Bestehen des Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit jedes Jahr die am stärksten geförderte Organisation. Insgesamt hat Mobit seit 2011 deutlich über 1,5 Millionen Euro an Landesgeldern erhalten.

Eine weitere wichtige Organisation im „Kampf gegen rechts“ ist das „Projekt“ Ezra („Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt“). Ezra befindet sich in der Trägerschaft der evangelischen Kirche. Der Bund Evangelischer Jugend in Mitteldeutschland ist mit der Umsetzung beauftragt.

Ezra operiert beispielsweise mit überhöhten Fallzahlen von Gewalttaten, um die öffentliche Aufmerksamkeit zu gewinnen und dadurch für die eigene Arbeit staatliche Förderergelder zu akquirieren. So wurden von Ezra für das Jahr 2015 in Thüringen 17 Brandanschläge auf bewohnte und unbewohnte Unterkünfte als Fälle „rechter Gewalt“ eingeordnet. Die Antwort der Landesregierung auf eine entsprechende Kleine Anfrage aus der AfD-Fraktion ergab hingegen zwölf

59 Siehe: <https://mobit.org/chronik-extrem-rechter-aktivitaeten-in-thueringen/> [03.05.2019].

60 Siehe den Film „Menschenfeindliche Einstellungen in der Gesellschaft“, <https://vimeo.com/204348866> [03.05.2019].

61 Siehe: https://mobit.org/Material/Rechtspopulismus_08_2014.pdf [03.05.2019].

Brände, bei denen in keinem Fall ein deutscher Tatverdächtiger oder ein rechtsextremistischer Hintergrund ermittelt werden konnte.⁶²

Auch Ezra wird großzügig aus dem Thüringer Landeshaushalt finanziert. 2016 erhielt das Projekt etwa 120.000 Euro aus dem Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit, 2017 betrug die Fördersumme weit über 180.000 Euro. Seit 2014 sind über eine halbe Million Euro vom Land an Ezra ausbezahlt worden.

Insgesamt erhielten Einrichtungen der evangelischen Kirche oder Organisationen, die sich in ihrer Trägerschaft befinden bzw. unter ihrer Mitwirkung gegründet wurden oder betrieben werden, von 2011 bis zum Spätsommer 2017 fast 2,7 Millionen Euro aus dem besagten Landesprogramm. Allein 2017 bekamen Einrichtungen der evangelischen Kirche insgesamt fast 587.000 Euro (Stand 1. August 2017). Damit gehörte die evangelische Kirche zu den Hauptprofituren im „Kampf gegen rechts“.

Einzelne Einrichtungen der evangelischen Kirche verhielten sich in diesem „Kampf“ alles andere als rechtsstaatlich. Veranschaulichen lässt sich dies an der Jungen Gemeinde (JG) Stadtmitte, einer Einrichtung der Evangelisch-Lutherischen Kirchengemeinde Jena. So kam es bei Versammlungen, die von der Jungen Gemeinde Stadtmitte Jena angemeldet oder beworben worden waren, von 2005 bis Ende 2016 zu fast 180 Straftaten der politisch motivierten Gewalt.

Fast alle dieser Straftaten, wie etwa gefährliche Körperverletzung, Widerstand gegen Polizeibeamte und

⁶² Siehe: <https://afd-thl.de/2016/07/18/zahlen-von-ezra-ueberanstieg-fremdenfeindlicher-gewalt-sind-unglaubwuerdig/> vom 18.07.2016 [26.04.2019].

besonders schwerer Landfriedensbruch, wurden der politisch motivierten Kriminalität „links“ zugeordnet, wenige der „sonstigen“ politisch motivierten Kriminalität.⁶³

Geleitet wird die JG Stadtmitte von dem deutschlandweit wegen seiner Nähe zur Antifa bekannten Pfarrer Lothar König. 2011 soll Lothar König bei einer Demonstration in Dresden zur Gewalt gegen Polizisten aufgerufen haben. Es kam zu einer Durchsuchung seines Dienstgebäudes und zur Beschlagnahmung seines „Demofahrzeugs“. König musste sich vor Gericht verantworten, kam aber mit einer Geldauflage davon.

Für dieses „antifaschistische Engagement“ erhielt König die Unterstützung des seinerzeitigen Jenaer Oberbürgermeisters Albrecht Schröter (SPD), ebenfalls evangelischer Theologe und vormals Seelsorger. 2013 bekam König gar – noch während des laufenden Verfahrens – den mit 1.000 Euro dotierten „Jenaer Preis für Zivilcourage“. Zeitgleich wurde der Pfarrer mit einem neu vom Freistaat Thüringen geschaffenen „Demokratiepreis“ ausgezeichnet, der im Rahmen des bereits erwähnten Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit vergeben wurde und mit 2.000 Euro dotiert war.⁶⁴ Die von König geleitete JG Stadtmitte bekam darüber hinaus zwischen 2013 und 2016 Steuergelder in Höhe von 14.156 Euro aus dem Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit. Dieses Geld wurde gewiss nicht zur Bibelarbeit verwendet. Weitere 13.156 Euro

⁶³ Siehe Landtagsdrucksache 6/3958, <http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/62833/junge-gemeinde-stadtmitte-in-jena.pdf> [22.05.2019].

⁶⁴ Siehe Rafael Kaiser: Protest als Pose, in: Junge Freiheit vom 21. August 2015, <http://www.jf-archiv.de/archiv15/201535082121.htm> [06.05.2019].

wurden durch die Stadt Jena vergeben (durch den lokalen Begleitausschuss des Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit). 1.000 Euro gab es direkt vom Land für eine Busfahrt zu einer Demonstration nach Dresden am 13. Februar 2015.⁶⁵ Aus dem Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit wird auch die Offene Arbeit beim Kirchenkreis Erfurt gefördert. Sie ist Kooperationspartner der Rosa-Luxemburg-Stiftung und beschreibt auf ihrer Netzseite die von einem 2017 verbotenen Trägerverein betriebene linksextremistische Internetpräsenz <https://de.indymedia.org>, auf welcher offen zu Straftaten aufgefordert wird, als eine „weltweite Plattform unabhängiger Medienorganisationen“.⁶⁶ Immer wieder finden in den Räumen der Offenen Arbeit oder unter ihrer Beteiligung Veranstaltungen mit linksextremistischen Organisationen wie der Antifaschistischen Koordination Erfurt oder dem linksextremen Bündnis „Grenzen abschaffen“ statt. Ein Sammelwerk über die Tätigkeit der Offenen Arbeit beim Kirchenkreis Erfurt wurde beim linksextremistischen Verlag Graswurzelrevolution verlegt.⁶⁷

An diesen Beispielen zeigt sich die enge Verzahnung der evangelischen Kirche mit linken und linksextremen Organisationen, die erkennen lässt, welcher politischen Richtung sich die evangelische Kirche verpflichtet weiß. Diese Nähe zur politischen Linken erleichtert in Zeiten einer rot-rot-grünen Regierung zweifelsohne den Zugang zu öffentlichen Fördergeldern des Freistaates Thüringen.

⁶⁵ Siehe Landtagsdrucksache 6/946, <http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/55730/zusch%C3%BCsse-aus-dem-landesprogramm-f%C3%BCr-demokratie-toleranz-und-weltoffenheit-f%C3%BCr-fahrten-zu-gegendemonstrationen-bei-rechtsextremistischen-aufm%C3%A4rschen.pdf> [22.05.2019].

⁶⁶ <http://www.offenearbeiterfurt.rranco.de/> [06.05.2019].

⁶⁷ Siehe: <http://www.graswurzel.net/verlag/oa.php> [06.05.2019].

Vor dem skizzierten Hintergrund können Äußerungen führender Repräsentanten der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM) zur AfD nicht überraschen. So rief die nun aus dem Amt scheidende Landesbischöfin der EKM, Ilse Junkermann, bereits 2014 im Vorfeld der Landtagswahlen dazu auf, die AfD nicht zu wählen. Ein solcher Aufruf ist von ihr bezüglich der Partei Die Linke, von der mehrere Gruppierungen im Verfassungsschutzbericht des Bundes erwähnt werden, nicht bekannt. Kaum verwunderlich, wenn man bedenkt, dass sich Junkermann, die „ihren Auftrag als mitteldeutsche Landesbischöfin [...] explizit politisch [versteht]“,⁶⁸ bereits mehrfach als überzeugte Linke zu erkennen gab.

Nach den Wahlerfolgen der AfD bei mehreren Landtagswahlen im Jahr 2016 äußerte sich Junkermann wie auch andere Repräsentanten der evangelischen Kirche „bestürzt“. Sie meinte zwar großmütig, „AfD-Mitglieder in Gemeindegemeinderäten sollten nicht ausgestoßen werden“. Doch forderte sie zugleich eine Gesinnungsprüfung, denn es sei „in jedem Einzelfall“ zu prüfen, „wie jemand zu den christlichen Grundwerten im Blick auf Schwache und Fremde steht“.⁶⁹

Während so AfD-Mitglieder und sicher auch Sympathisanten der AfD einem Pauschalverdacht ausgesetzt werden und sich einem diskriminierenden Gesinnungstest unterziehen sollen, wenn sie sich für ihre Kirchengemeinden engagieren wollen, hat sich Bischöfin Junkermann im Zusammenhang mit Mitgliedern anderer Parteien, etwa der in Teilen aggressiv

⁶⁸ Siehe: <http://www.tagesspiegel.de/politik/joachim-gauck-bodo-ramelow-ilse-junkermann-was-christen-sagen-duerfen/11003318.html> vom 20.11.2014 [06.05.2019].

⁶⁹ <http://evangelischer-bund.de/religionsgemeinschaften-bestuerzt-ueber-wahlerfolge-der-afd/> vom 15.03.2016 [06.05.2019].

kirchenfeindlichen Partei Die Linke, nicht entsprechend geäußert.

Als die AfD 2017 in den Bundestag einzog, meinte Junkermann, es sei „für alle Demokraten unerträglich, dass rechtsextreme und -populistische Positionen so große Unterstützung finden“.⁷⁰ Die dreiste Identifizierung der AfD mit rechtsextremen und rechtspopulistischen Positionen ist dabei für Junkermann eine Selbstverständlichkeit. Auch jüngst sprach sie in einem Interview im Zusammenhang mit der AfD wieder von rechtsextremen Einstellungen.⁷¹ Wenn Junkermann im selben Gespräch betonte, dass „das Evangelium politisch“ sei, dann zeigen ihre diversen politischen Stellungnahmen, dass „politisch“ hier vor allem „parteipolitisch“ meint: Demnach ist das Evangelium – aus evangelischer Sicht – offenbar eine frohe Botschaft linksgrüner Positionen.

In dieses Bild passt, dass die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland die bereits erwähnte Bundestagspetition für die Einführung eines Tempolimits auf Autobahnen von 130 km/h initiierte – und dafür prompt den Beifall des Thüringer SPD-Innenministers erhielt.⁷²

70 <https://www.welt.de/regionales/sachsen-anhalt/article169004148/AfD-Ergebnis-ist-fuer-Demokraten-unertraeglich.html> vom 25.09.2017 [06.05.2019].

71 Siehe Bischöfin Ilse Junkermann: „Das Evangelium ist politisch“. Ilse Junkermann im Gespräch mit Christiane Florin, https://www.deutschlandfunk.de/bischoefin-ilse-junkermann-das-evangelium-ist-politisch.868.de.html?dram:article_id=446839 vom 21.04.2019 [06.05.2019].

72 Siehe Kellermann: Evangelische Kirche will Tempo 130 auf Autobahnen.

Dialogverweigerung und Freund-Feind-Denken: Womit die evangelische Kirche zur Spaltung der Gesellschaft beiträgt

Der Befund ist klar: Die evangelische Kirche positioniert sich, namentlich in Gestalt der EKD und der leitenden Repräsentanten der Landeskirchen, politisch aufseiten der Parteien des linksgrünen Spektrums (Grüne, Die Linke, SPD) und damit des entsprechenden Zeitgeistes. Das hat die Übernahme der einschlägigen Zeitgeistsprache, aber auch die spezifische Art und Weise zur Folge, wie man sich gegenüber anderen politischen Positionen verhält – und zwar insbesondere gegenüber konservativ-patriotischen und liberal-konservativen Positionen, wie sie von der AfD vertreten werden. Diese werden pauschal diffamiert, als illegitim, verfassungsfeindlich, fremdenfeindlich, menschenfeindlich, rassistisch etc. pp. verunglimpft. So entzieht man sich auch gleich einer sachlichen Auseinandersetzung – auf dieser Grundlage wird schließlich die Dialogverweigerung noch als Ausdruck der eigenen moralischen Überlegenheit gefeiert.

Das hier in Reden und im Handeln zum Ausdruck kommende gesinnungsethische Freund-Feind-Denken ist geeignet, die gesellschaftliche und politische Spaltung unseres Landes zu befördern, nicht aber, um zur Überwindung der Spaltung beizutragen. Diese Spaltung mag nicht in der Absicht von Kirchenvertretern wie Junkermann oder Domning liegen, bisweilen

aber wird eine entsprechende Intention doch explizit ausgesprochen. So etwa von Johann Hinrich Claussen, dem Kulturbeauftragten der EKD, in einer 2017 ausgestrahlten Radiosendung, in der er für einen „neuen politischen und theologischen Begriff von ‚Feindschaft‘“ plädierte. Es lohnt sich, einen längeren Abschnitt aus diesem ebenso bemerkenswerten wie selbstgefälligen und in Teilen widersprüchlichen Text wiederzugeben, der in einer überarbeiteten Druckfassung in der wiederum eng mit der EKD verknüpften Zeitschrift „zeitzeichen. Evangelische Kommentare zu Religion und Gesellschaft“ erschien. Claussen führt dort aus:

„Wir müssen in Deutschland unsere demokratische Grundordnung selbst verteidigen. Und was wäre dafür zu tun? Ein erster Schritt besteht darin, das Wort ‚Feind‘ neu zu buchstabieren. Wir brauchen einen politischen und theologischen Begriff von ‚Feindschaft‘. Das klingt ungewöhnlich, besonders wenn es von einem Theologen kommt. Freunde der offenen Gesellschaft und aufgeklärte Christen haben eine Meisterschaft im Brückenbauen entwickelt: In Dialogen werden fremde Menschen in Beziehung zueinander gesetzt, Konflikte werden durch Moderation entschärft, Interessengegensätze in Konsense verwandelt. Das ist eine hohe Kunst. Aber sie stößt an Grenzen, wenn sie es mit Feinden zu tun bekommt. [...] Ein Feind ist zu unterscheiden vom Gegner. Der Gegner bewegt sich im selben Rahmen, gehört zum gleichen System, teilt viele Grundüberzeugungen. Vieles sieht er anders und will es anders haben. Er ist ein Konkurrent, mit dem man sich streiten muss, manchmal mit Wut, vor allem aber mit besseren Argumenten. Natürlich möchte man den Gegner stets besiegen. Da dies jedoch nicht möglich ist, wird man lernen müssen, dessen Siege zu akzeptie-

ren oder einen Kompromiss mit ihm auszuhandeln. Der Feind aber ist mehr und etwas anderes als ein Gegner: Er hasst uns und unsere politische Kultur, teilt unsere Grundvorstellungen nicht, will ein anderes System. [...] Seine Waffe ist dabei nicht das Argument, sondern die Gewalt: die kommunikative, psychische oder körperliche Gewalt. Deshalb muss man mit ihm anders streiten als mit dem Gegner: Er darf keinen noch so kleinen Anteil an der Macht erhalten, sein Sieg ist unter allen Umständen zu verhindern. Kompromisse sind mit ihm nicht erlaubt. Es darf kein Appeasement geben. Man darf nicht vor dem Feind zurückweichen. Man muss ihm widerstehen“.⁷³

Claussen gibt auch Auskunft darüber, wer der Feind sein soll. Geht es der Überschrift des Beitrags zufolge generell um den Umgang mit „Nationalisten und Populisten“, so wird diese allgemeine Kennzeichnung durch eine Feindliste ergänzt. Demnach gehören zu den Feinden neben islamistischen Terroristen auch „Religionsdiktaturen“ wie Saudi-Arabien, ferner Putins Russland, Erdogans Türkei, „rechtsradikale Gruppen“ und in persona natürlich US-Präsident Donald Trump.⁷⁴ Wie die aufgezählten Gruppen, Personen und politischen Systeme den „Nationalisten und Populisten“ im Einzelnen zuzuordnen sind, bleibt etwas unklar. Klar hingegen ist die Botschaft: Kein Pardon für die Feinde.

⁷³ Johann H. Claussen: Wut ohne Hass. Wie man Nationalisten und Populisten begegnet, in: zeitzeichen 18 (2017), Heft 4, S. 8–11, hier: S. 8 f.

⁷⁴ Siehe ebd., S. 10.

Es liegt auf der Hand, dass eine Argumentation wie die hier zitierte jede Dialogverweigerung, jede Ausgrenzung, jede Vorenthaltung des Rechts gegenüber dem „Feind“ zu rechtfertigen vermag. Mehr noch: Solche Ausführungen lassen sich auch dazu gebrauchen, Gewalt gegen politische „Feinde“ zu legitimieren. Tatsächlich waren ja derartige manichäische Freund-Feind-Unterscheidungen oft geeignet, Überzeugte bei entsprechender psychischer Disposition den Schritt hin zur Gewalt vollziehen, den Worten Taten folgen zu lassen – mit dem gutem Gewissen, den Kampf gegen den Feind zu führen. Es darf in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, dass eine überproportional große Zahl der RAF-Terroristen, deren Welt in erster Linie aus Feinden und Freunden bestand, eine streng evangelische Erziehung genossen hatte bzw. aus evangelischen Pfarrhäusern stammte.⁷⁵

⁷⁵ Siehe etwa Monika Dittrich: „Mission mit der Waffe“. Protestantismus und Linksterrorismus, https://www.deutschlandfunk.de/protestantismus-und-linksterrorismus-mission-mit-der-waffe.2540.de.html?dram:article_id=428843 vom 26.09.2018 [22.05.2019]; Michael Hollenbach: Protestantismus und RAF. Warum etliche RAF-Leute protestantische Wurzeln hatten, https://www.deutschlandfunkkultur.de/protestantismus-und-raf.1278.de.html?dram:article_id=192026 vom 24.11.2007 [22.05.2019].

Schlussfolgerungen

Die evangelische Kirche in Deutschland zeigt sich heute, vor allem in Gestalt ihrer führenden Repräsentanten, mehr und mehr als politische Organisation. Unter dem Motto „Das Evangelium ist politisch“ bezieht sie unverhohlen (partei-)politisch Stellung – nicht nur in politischen und ethischen Grundsatzfragen, sondern immer wieder auch in politischen Alltagsfragen. Die dabei vertretenen Positionen sind vor allem solche, die den Regierenden in Bund und Ländern gefallen und die einem linksgrünen politischen Zeitgeist entsprechen, der in den offiziellen politischen Verlautbarungen von Regierungen und Regierungsparteien ebenso wie im Hauptstrom der „tonangebenden“ Medien seine Plattformen und seine Resonanzräume hat. Dieser Zeitgeist prägt sowohl die publizistischen Äußerungen der evangelischen Kirche, namentlich der EKD, ihrer Landeskirchen und der mit diesen verbundenen Organisationen, als auch das Handeln der evangelischen Kirche. Dabei wird der Anspruch erhoben, eine moralisch überlegene und religiös fundierte Position zu vertreten. Eine derartige gesinnungsethische Orientierung am Zeitgeist hat in der evangelischen Kirche Tradition, wie ein Blick in die Geschichte des 20. Jahrhunderts und der totalitären Diktaturen jener Zeit lehrt.

Kritiker haben immer wieder darauf hingewiesen, dass der Pakt mit dem Zeitgeist die Kirche nicht nur theologisch, sondern auch politisch auf Abwege führt, nämlich auf Abwege der Ideologisierung und der damit verbundenen Spaltung. Genau hierfür hat die vorliegende Broschüre Beispiele angeführt, die zeigen, dass die evangelische Kirche entsprechende Warnungen geflissentlich ignoriert. In typisch gesinnungsethischer Manier glaubt man sich auf der

„richtigen Seite“ und im Besitz der Wahrheit. So motiviert sich beispielsweise das „Engagement“ der evangelischen Kirche im „Kampf gegen rechts“, der längst ein Kampf gegen das Recht geworden ist, bei dem man auch vor Bündnissen mit Linksextremisten nicht zurückschreckt. Und auch die Propagierung der Gender-Ideologie und der ökopopulistische „Kampf“ gegen den Klimawandel, den man mit einem quasireligiösen Klimacredo zu legitimieren sucht, haben ihre Motivation in der beschriebenen Gesinnungsethik.

Indes zeigt all dieses Engagement noch eine andere Seite, die nicht minder motivierend wirkt: Der Pakt mit dem Zeitgeist zahlt sich für die Kirche aus. Hohe Summen an öffentlichen Fördergeldern fließen in die Kassen von evangelischen bzw. mit der evangelischen Kirche verbundenen Vereinen, die sich im Gesinnungskampf „gegen rechts“ engagieren. Mit dem aus Steuermitteln stammenden Geld werden die eigenen Gefolgsleute und Funktionäre versorgt, die dann wiederum auf dem Wege politischer Einflussnahme als Teil der „Zivilgesellschaft“ in die Politik hineinwirken. Beispielsweise in Beiräten und sonstigen öffentlichen Gremien leisten die betreffenden Vereine und Verbände ihren Gönnern in Regierungen und Parteien politische Schützenhilfe.

Auch die von der Kirche genährte Angst vor einer menschengemachten Klimakatastrophe, die nur durch eine „Energiewende“ abzuwenden sei, macht sich für die Kirche in klingender Münze bezahlt. Längst nämlich ist die evangelische Kirche ins Energiewendegeschäft eingestiegen und betätigt sich beispielsweise auch selbst als Energieversorger. Das ist nicht zuletzt lukrativ, weil die „Energiewende“ von den Stromkunden subventioniert wird, die bekanntlich in Deutschland die EU-weit höchsten Strompreise zu bezahlen haben. Das kann der evangelischen Kirche

nur recht sein, solange sie davon profitiert.

All das aber kommt mit der höchsten moralischen Selbstgewissheit daher. Diese Selbstgewissheit ist die Basis, auf der die evangelische Kirche auch den politischen Feind bestimmt. Den weiß sie in Gestalt der „Rechtspopulisten“ oder der „Nationalisten“ etc. vor sich. Und diesen „Feind“ glaubt man mit allen Mitteln und auch unter Missachtung des Rechts bekämpfen zu dürfen. Dieser Kampf beginnt mit Diffamierung, Ächtung, Dialogverweigerung, Ausgrenzung. Dadurch erscheinen die gebetsmühlenhaften Bekenntnisse von Kirchenvertretern zu Dialog und Offenheit, zu Pluralismus, Demokratie und Toleranz als heuchlerisch und die evangelische Kirche mehr und mehr als unglaubwürdig. Eine solche Kirche ist eine Kirche, die spaltet. Eine solche Kirche kann nicht zusammenführen.

Keineswegs sind alle evangelischen Gläubigen bereit, den Pakt der evangelischen Kirche mit dem Zeitgeist und deren linksgrüne politische Mission mitzutragen. Vielmehr wünschen viele eine Besinnung ihrer Kirche auf die Verkündigung des Glaubens, auf die Wahrheit des Evangeliums. Hierfür machen sich immer wieder auch evangelische Theologen stark. Ob diese Stimmen indes gehört werden, bleibt ebenso offen wie die Frage, welchen Kurs die evangelische Kirche in Zukunft einschlagen wird. Es bleibt zu hoffen, dass diejenigen, die der Politisierung der evangelischen Kirche distanziert gegenüberstehen, sich dem innerkirchlichen Gesinnungsdruck widersetzen und sich nicht aus der Kirche hinausdrängen lassen. Diese Gläubigen sollten sich vernehmbar machen und einfordern, dass die evangelische Kirche Kirche bleibt, nämlich Kirche Jesu Christi, und nicht politische Partei, ideologisches Sprachrohr oder parteipolitische Vorfeldorganisation.

Impressum:

Herausgeber:
Fraktion der Alternative für Deutschland (AfD)
im Thüringer Landtag (v.i.S.d.P.)
Jürgen Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt
www.afd-thl.de

Juni 2019



Alternative für Deutschland

FRAKTION IM THÜRINGER LANDTAG

Alternative für Deutschland Fraktion im Thüringer Landtag

V.i.S.d.P.: AfD-Fraktion im Thüringer Landtag,
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt

E-Mail: info@afd-thl.de

Web: www.afd-thl.de

Facebook: www.facebook.com/afd.thl

Diese Publikation dient der Information und darf in einem Wahlkampf nicht zur Parteiwerbung eingesetzt werden.

Juni 2019